

Zum Thema: National- und Sozialfascismus

Über den „Sozialismus“ der NSDAP und der SPD und die ideologische und praktische Mündigkeit zwischen den beiden Flügeln der faschistischen Front

Um nachstehenden bringen wir einen Artikel des Ge. nrich R. G., der einige theoretische Fragen der Politik der NSDAP und SPD stellt. Die Stellungnahme der SPD zu den Kernfragen der Gegenwart und die Stellungnahme der NSDAP, die die wirkliche Haltung der Gewerkschaftsbürokratie beleuchtet, muß von uns ausgenutzt werden zu verstärkter Arbeit an der innergemeinschaftlichen Front und unter der SPD-Arbeiterfront überhaupt.

Nur viel Gescheit und grohem Willens erläutern alle Parteien, mit Ausnahme der Deutchnationalen, daß sie gegen die Pläne des Herrn von Papen sind, der auf Kosten des ausgebeuteten Teiles der Bevölkerung die Krise überwinden will. Überflüssig, zu sagen, daß die gesamte Front, angefangen von der SPD bis zu den Nazis in der Generallinie die Maßnahmen des Herrn von Papen untersagt. Hitler's Partei, seine Partei habe gewisse Pläne, weil er geschwiegene habe, und das Geschreie des „Vorwärts“ vom Sonntag, dem 11. September, in dem er sagt:

„Die Sozialdemokratie ist nicht geeignet, etwas zu tun, was dieser Regierung der Sozialrevolution das Leben auch nur um fünf Minuten verlängern könnte. Sie will aber ebenso wenig sich zum Stellvogelkönig der Schwarzbraunen Koalition hergeben. Und mithin sie nicht die eigene Klugheit zu äußerster Voricht, so wurde das der Feind im Rücken tun.“

Leider offen erkennen, wohin die Krise geht. Eines ist bei der Be trachtung der Ereignisse der letzten Tage von besonderem Interesse. Namlich die praktische und ideologische Annäherung zwischen Nationalfascismus und Sozialfascismus. Herr Löde, der frühere Reichstagspräsident, schreibt im „Vorwärts“ einen Artikel, in dem er sagt:

„Am 95 Prozent des deutlichen Volkes lebt eine antifaschistische Stimmung, eine sozialistische Sehnsucht, sagt der nationalsozialistische Abgeordnete Strater.“

Rum wohl, die objektiven Vorbereitungen der Umwandlung der Gesellschaft sind gegeben. Der Produktionsapparat und die Rohstoffe stehen bereit. Die subjektiven Vorbereitungen, der Will der Gesamtheit, ist an die Stelle des bankrotten privaten Unternehmens zu legen, steigen mit jedem Tag.“ („Vorwärts“, 10. September 1932)

Andererseits macht Herr Goebbels im „Angriff“, dem Organ der Berliner Nationalsozialisten, ebenfalls ein Kompliment und erklärt:

„Niemand wird uns im dem Verdacht nehmen, daß wir Schlepper des Marxismus sind, aber das geschieht wie oft.“

Und es uns sauberer erscheint, mit der SPD zu kämpfen, die wenigstens so ehrlich gewesen war, offen zu sagen, daß sie uns hohe und verabscheute und auch dementsprechend handelt.“ („Angriff“, 9. September 1932.)

Der Nationalsozialistische Strater erläuterte bereits in der Reichstagsrede vom 10. Mai 1932 wörtlich:

„Leider das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften lohnt sich eben. Wir sind bereit, mitzuarbeiten und leben in dem im Organ der freien Gewerkschaften von Boguski dafür entworfenen Finanzierungsplan viele Gedanken, die unsre Freunde sind.“

Die „Wirtschaftszeitung“ hat damals zu dieser Frage folgende Feststellung gemacht:

„So merkwürdig es klingt, führende Männer der freien Gewerkschaften sind im Begriff sich wesentliche Teile des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms zu machen. Tatsächlich ein neues Regime zum Besten gegeben. Besonders hat er es unmittelbar vom Gottfried Heber, dem bekanntesten nationalsozialistischen Wirtschaftspolitiker.“

Gedade in diesen Tagen nimmt die SPD wieder einmal in Sozialismus. Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Ausgabe vom 11. September: „Der vor uns stehende Wahlkampf bedeutet die Fortsetzung der historischen Entscheidung gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Weltwirtschaftswende.“ Dann wird getebet von der Verstaatlichung der Schwerindustrie usw. Man kommt hier die Sache leicht machen und sagen, warum hat die SPD nicht in den 13 Jahren der Vergangenheit all diese Pläne durchgeführt und realisiert? Man kann auch darauf hinweisen, daß ihre Isolierungspolitik jetzt und in der Vergangenheit sehr die Politik der Papen-Karone möglich gemacht hat. Der Antrag der SPD auf Einleitung eines Volksentscheids und der Antrag des Herrn Löde im Reichstag, nur den zweiten Teil der Notverordnung nicht durchzuführen, bringen klar zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratische Partei die Grundfragen der kapitalistischen Wirtschaft nicht stellt. Auf den ersten Blick aber fällt das weiter nicht auf. Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter glauben uns nicht ohne weiteres, daß ihre Führer bereits die theoretische Basis des Marxismus verlassen haben. Wir müssen hierfür die Beweise bringen. Das nachstehende soll das an einer Stelle, nämlich am Beispiel der Kapitalbildung, demonstriert werden.

Damit vertrage die leitende Bürokratie den durchführbaren Funktionärsstamm in einer Weise, daß die Gewerkschaftsbürokratie antimarginalen Blüten trieb. Um nur eine dieser Blüten als Beweis zu plaudern:

Die „Sozialarbeiterzeitung“ brachte 1930 in ihrer Nr. 19 einen Artikel „Kapitalbildung und Sparnotschläge“, in dem es wörtlich heißt:

„Denn ein Sparzug bietet sicher (sicher angelegt) einen Rückhalt für unvorhergesehene Wirtschaftssnoten. Es steht auch fest, daß im ganzen soll das Leben lebenswetter gemacht werden, Dienst Sinn hat die Kapitalbildung.“

Diese Sätze, die gebundenlos von vielen tausenden sozialdemokratischen Funktionären hingenommen werden, stehen diametral dem gegenüber, was Karl Marx in seinem „Kapital“ zu dieser Frage geagt hat. Wir bringen aus der Meissnerischen Ausgabe, Hamburg 1922, Bd. I, einige Stellen, die klarlegen, wie der Marxismus diese Frage stellt:

„...aber alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit sind zugleich Methoden der gelernten Produktion des Mehrwertes oder Nichtproduktus, welche keinerlei das Bildungsselement der Akkumulation ist. Sie ist ausnahmsweise Methoden der Produktion von Kapital durch Kapital oder Methoden seiner beschleunigten Akkumulation.“ (S. 38)

Einerseits zieht das also im Fortgang der Akkumulation gebildete Produktkapital verhältnismäßig zu keinen Große wenige und weniger Arbeiter an sich. Andererseits kostet das periodisch in neuer Zusammensetzung wieder hergestellte Kapital mehr und mehr, um die Arbeit ab.“ (S. 383)

„Die gewaltsame Herabstufung des Arbeitslohnes unter dem Wert der Arbeitskraft spielt jedoch in der praktischen Bewegung eine zu wichtige Rolle, um uns nicht einen Augenblick darüber aufzuhalten. Sie verwandelt tatsächlich innerhalb gewisser Grenzen den notwendigen Konsumitionsfonds des Arbeiters in einen Akkumulationsfonds von Kapital.“ (S. 383)

Wenn der ADGB im „Umbau der Wirtschaft“ die Akkumulation als notwendig für die Güterversorgung erklärte, ist verblüfft er absichtlich, daß mittels Kapital Waren erzeugt werden, aber keine Güter, sondern daß die Waren erst durch Kapital verwandelt werden müssen. Marx sagt darüber:

„Es ist nie zu verzerrn, daß es sich bei der kapitalistischen Produktion nicht direkt um Gebrauchsware (Güter), sondern um Kaufwert (Waren) handelt. Dies ist das treibende Motor der kapitalistischen Produktion, und es ist eine schwere Aufgabe die, um die Widersprüche der kapitalistischen Produktion mechanisieren, von der Basis derselben abstrakt absehend und er zu einer Produktion macht, die auf die unmittelbare Konsumation der Produzenten bedacht ist.“ (Marx, „Theorie über den Mehrwert“, II, I, S. 2667.)

In Wahrheit heißtt also die Kapitalbildung nichts anderes, als die Bildung von Konsummitteln — und der ADGB erkennt damit den Kapitalismus vollständig an.

Die Bedingung, unter der das Proletariat seinen eigenen Interessen Staatskapitalbildungserfordernissen entspricht, ist die technische Verbindung zwischen dem Proletariatsapparat und dem Staatsamt und die entsprechenden Teile des Produktionsapparates — die politische Diktatur. — Der „Sozialstaat“ ist also der ADGB und der SPD ist ein nationalfascistisches Prinzip.

Lehrreich ist deshalb die Art und Weise, wie die Nationalsozialisten das Werk ihres „Gedenktafeln“ in den Kopfen der ADGB-Bürokraten erachten, anstrengen und auszunutzen versuchen.

„Regelung der Kapitalbildung und -Verwendung“

In der vom Peppi herausgegebenen zentralen theoretischen Zeitschrift des ADGB „Die Arbeit“, in vielen Verbandsorganen und besonders in den programmativen Schriften, die der ADGB durch seine zentrale Verlagsgesellschaft herausbringt, sind die Gedankenfänge und schließlich auch logar die Sprache immer mehr den nationalsozialistischen „Lehren“ angepaßt worden.

In den letzten dieser Dokumente (dem „Umbau der Wirtschaft“), das der ADGB im August 1932 herausgebracht hat und das die theoretische Basis der „Sozialleiterungsanträge“ der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion darstellt, sind bereits ausgedehnte nationalsozialistische Formulierungen enthalten. Um ein Beispiel zu geben:

„Wie kann der Arbeiterstand ausgebrannt werden? Durch anstrengende Anpassung von Produktion und gesellschaftlichem Bedarf. Wie muß die Anpassung erfolgen? Durch die Regelung der Kapitalbildung und der Kapitalverwendung. Was bedeutet das? Die Bildung von Kapital ist notwendig, um das verbrauchte Kapital (Wahlkästen, Gebäude, Betriebsmittel, Auslaugung des Bodens usw. usw.) zu erneuern und die Güterversorgung der zuwachsenden Bevölkerung zu sichern. Die Bildung von Kapital ist erforderlich, um die Ergebnisse (Produktivität) der menschlichen Arbeit zu erhöhen, d.h. um mit gleicher Arbeit einen höheren Ertrag, eine Vermehrung des Volkseinkommens zu erzielen.“ („Umbau der Wirtschaft“, S. 8.)

Hier liegt genau wie bei den Nazis, das Produktionsmittel an sich zum „Kapital“ gemacht. Für sie ist Kapital kein Ausbeutungsprozeß mehr, wie Karl Marx das nachwies, sondern eine an sich nötige Sache!

Im Wohlsein und Produktionsmittel nur dann Kapital, wenn sie von privaten Eigentümern zur Ausbeutung von Produktionsmittel-Richtbeziehungen, von Proletariern angewendet werden! Es sind die Nationalsozialisten, die in Anwendung der antimarginalen reaktionären bürgerlichen „Willenskraft“ die Produktionsmittel an und für sich zum Kapital eröffnen. Damit wollen sie die „Ewigkeit“ und „Unvermeidbarkeit“ des Kapitalismus erlösen, das Schemata der Ausbeutung der Proletarier mittels des Privateigentums an Produktionsmitteln durch unablässige Anwendung des von den Proletariern geschaffenen Mehrwertes.

Marx wurde nicht müde, diese Befreiungssatz des Kapitalismus zu entlarven. Eine dieser treffenden Formulierungen ist taurund und aber taurundmal in den Auten, Schriften und Reden der marxistischen Arbeiterbewegung — auch der Gewerkschaften — sitzt worden, nämlich eben:

„Ein Reger ist ein Reger. In bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Glühen. Eine Baumwollmühle ist eine Mühle zum Baumwollspinnen. Nur in bestimmten Verhältnissen wird sie zum Kapital. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen ist sie wenig Kapital, wie Gold an und für sich Geld, aber der Jüder der Jüderpreis ist... Das Kapital ist ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis. Es ist ein kollektives Produktionsverhältnis.“ (Karl Marx: „Kapital“, I. Bd., S. 731, auszug. Meingay.)

Als die Lohnbruderkampagne der Spartenorganisationen des deutschen Finanzkapitals von 1929/30 durch eine eigene „Kapitalbildungskampagne“ unterdrückt, lädt die „Die Arbeit“, das offizielle Organ der ADGB-Bürokratie:

„So leben die einen die Höhe des Lohnes, die anderen die Höhe des Jinsches als Ursache der Arbeitslosigkeit an, während wir im folgenden versuchen wollen, zu zeigen, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit in der gleichzeitigen Höhe von Lohn und Jins liegt.“ („Die Arbeit“, April 1930, S. 243.)

Der deutsche Produktionsapparat befindet sich zu einem Teil in einem Zustand, der bei der gegenwärtigen Produktionshöhe im Verbindung mit

anderen Kostenfaktoren nicht rentabel arbeiten kann. Will man die Arbeitskosten in den vorhandenen Produktionsapparat eingliedern, so müssen die obengenannten Kostenfaktoren (einheitlich logistische Kosten), Steuern oder Rohstoffpreise gelenkt werden.“ (S. 245)

Natürlich kann eine solche Akkumulation (Kapitalbildung) nur durch Erhöhung der Preise, also durch Senkung der Löhne „gefördert“ werden.

Im „Broschüre „Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen“ die der ADGB mit der SPD 1930 (als einen der Vorläufer des jüngsten Umbauprogramms) herausgaben, heißt es auf S. 22:

„Daher ist die innere Kapitalbildung für das nationale Modell des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes und als Vorbedingung besserer Güterverarbeitung unerlässlich.“

Und auf S. 32:

„Schon dieses eine Beispiel beweist, daß der Kapitalbildung der unteren Einkommensschichten, der Sozialversicherung und der öffentlichen Hand steigende Bedeutung zukommt.“

Nazis übernehmen das Programm des ADGB

Wir haben bereits einleitend gesprochen von dem Annahmenprozeß zwischen SPD und NSDAP. Groß Revolutionslehre lädt im „Reichsmott“ zu der Anerkennung des Wirtschaftsprogramms des ADGB durch Strater folgendes:

Die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, in deren Namen Strater spricht, ist also bereit, auch mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der ihm bestimmt unter der politischen Führung der Sozialdemokratie befindet und mit ihr durch Berlonialunion vielfach verbunden ist zum Zweck der Arbeitsbeschaffung unter entsprechenden Bedingungen zusammenzuarbeiten.

Nichts konnte schlagender darstellen, wie gänzlich frei von Parteidisziplinen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei an die Rechbung der Arbeitslosigkeit und damit der Wirtschaftskrisis herangegangen, entschlossen ist. Indem die NSDAP diese Aussage hiermit gegeben hat, indem sie sich ausdrücklich zu einer Mitarbeit mit dem allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund vor der ganzen Weltöffentlichkeit bereit erklärte, hat sie einen Schritt getan, dessen Bedeutung zunächst grundsätzlich schwer übersehen werden kann.“

Man kann sagen, das alles liegt eine bestimmte Zeit zurück. Das ist richtig, beweist aber höchstens, daß bereits Jahre zurückliegen, seitdem dieser Annahmenprozeß zwischen SPD und NSDAP begonnen hat. Wir können uns auch auf die heutige Zeit berufen.

So schreibt das ostpreußische Naziorgan, die „Preußische Zeitung“, herausgegeben vom Gauleiter Erich Koch, am 3.4. September 1932 im Leitartikel „Das Volk ist einig“:

„Denn das deutsche Volk ist einig. Es ist noch nie so einig gewesen, wie heute. Man höre eine beliebige Zeitung auf, man höre eine beliebige Rede, neben allem Hetzeologischen, neben aller Hege, neben allem Gegeneinander, bleibt die Hauptfrage, daß die Gedanken des nationalen Sozialismus heute überall vorgetragen werden müssen, um überhaupt noch die Anhänger bei der Stange halten zu können.“

Man lese besonders das Programm der Gewerkschaften.

Sowohl bei manches darin noch „raubmarginal“ wie die Zersetzung des Großgrundbesitzes und der Abbau der Sölle usw. Dawn liegt et-

„Gewiß ist in der Fortsetzung nach der Auflösung der Konzerne bei den Gewerkschaften noch der demokratische Gedanke vor den sozialistischen gestellt, die Fortsetzung nach einer Wirtschaftsdemokratie; aber diese sozialdemokratischen Tendenzen werden zu beseitigen sein. Es wird zum reinen autoritären Sozialismus der gemeinsame Weg gefunden werden.“

Man lese heute das Programm der NSDAP, das die Verstaatlichung aller bisher vorgefertigten Betriebe, die Verstaatlichung der Bauten fordert, und man lese das neue Programm der Gewerkschaften, und man wird erkennen, daß, im

größen gelehrt, alle diejenigen Arzte, die Zuhörung mit dem Ziel haben, heute die Arbeitsergebnisse aufzuteilen, die im Kern des eine enthalten: fort mit dem Konzentralkapitalismus, fort mit dem Bankkapitalismus, fort mit der anarchistischen Weltwirtschaft.“

Gegenüber dieser Einheitsgefäß zwischen ADGB und NSDAP ist dasgegenüber die Gegenlage zwischen der ADGB-Bürokratie und dem revolutionären Proletariat und die entsprechenden Teile des Produktionsapparates — die politische Diktatur. — Der „Sozialstaat“ ist ein nationalfascistisches Prinzip.

Lehrreich ist deshalb die Art und Weise, wie die Nationalsozialisten das Werk ihres „Gedenktafeln“ in den Kopfen der ADGB-Bürokraten erachten, anstrengen und auszunutzen versuchen.

Wir haben bereits einleitend gesprochen von dem Annahmenprozeß zwischen SPD und NSDAP. Groß Revolutionslehre lädt im „Reichsmott“ zu der Anerkennung des Wirtschaftsprogramms des ADGB durch Strater folgendes:

Die Nation ist einig, wir haben dafür zu sorgen, daß sie es erkennt. Wir haben fest die Machtstandards auszuräumen, die die Einigkeit dieser sozialistischen Nation noch verbürgen.“

Aufgabe aller revolutionären Arbeiterparteien: nachzuweisen, daß es sich hierbei um eine sozialistische Handelskette handelt. Hier wird bewiesen, daß NSDAP und SPD nur zwei Flügel des nationalen Sozialismus sind, die in der Theorie und Praxis immer näher kommen.

Verstärkt den ideologischen Kampf gegen Sozial- und Nationalfascismus!